

# Festakt „25 Jahre BAGSO“

am 29. Oktober 2014 in Frankfurt am Main  
Dominikanerkloster



## Begrüßung: Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO-Vorsitzende

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zum Festakt „25 Jahre BAGSO“!

Ganz besonders noch einmal Frau Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin, Herrn Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel aus dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und Herrn Stadtrat Stefan Majer, der Herrn Oberbürgermeister Feldmann vertritt. Dann begrüße ich Frau Renate Schmidt, unsere frühere Bundesfamilien und -seniorenministerin, des Weiteren Frau Roswitha Verhulsdonk, Parlamentarische Staatssekretärin im ersten Bundesministerium für Senioren, insoweit auch als Vertreterin von Frau Bundesministerin a.D. Hannelore Rönsch, die leider verhindert ist und Sie alle grüßen lässt. Willkommen heiße ich Herrn Dr. von Schwanenflügel, den Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



*Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO-Vorsitzende*

Wir feiern heute 25 Jahre BAGSO; darum erlauben Sie mir einen Rückblick auf die Entwicklung der Seniorenpolitik.

1989 war ein denkwürdiges Jahr. Noch immer sehe ich die Bilder vor mir, wie Außenminister Genscher den DDR-Bürgern in der deutschen Botschaft in Ungarn verkündete, dass die ausreisen dürfen. In wenigen Tagen kommt der große Tag, der 9. November, der Fall der Mauer, letztlich herbeigeführt durch das mutige, friedliche und beharrliche Eintreten unserer Schwestern und Brüder in Ostdeutschland. Zu feiern gibt es aber auch 25 Jahre BAGSO und 25 Jahre Seniorenpolitik. Denn vor 25 Jahren wurde im BMJFFG, dem damaligen Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, das erste Mal eine Unterabteilung „Ältere Menschen“, geleitet von Eduard Tack, gegründet.

Blicken wir zurück auf Altersfragen in der Politik, Altersfragen in Deutschland: Eng verbunden ist damit der Name Otto Dahlem, der hier in Frankfurt den ersten städtischen Altenplan Deutschlands entwickelt hat und der damals von Bundesfamilienministerin Antje Huber nach Bonn geholt wurde, um einen Altenplan auf Bundesebene zu erstellen. Dass dies nicht so schnell geht, hat er gleich deutlich gemacht, zumal sein Referat „Heimentwicklung“ mit vier Personen sowohl für Alten- als auch Jugendheime zuständig war. Otto Dahlem kam in Frankfurt zum Thema Altern, weil er die schlechte Situation der Altenheime in den 1950er und 1960er Jahren gesehen hatte und etwas ändern wollte. So bereitete er das Heimgesetz bzw. das Heimaufsichtsgesetz vor und hatte damals schon die Idee, ein Gesetz zur bundeseinheitlichen Ausbildung der Altenpflege zu kreieren, um das ich dann, 20 Jahre später intensiv – leider erfolglos – gekämpft hatte, und das erst Renate Schmidt 2002 durchgebracht hat.



*Musikalischer Auftakt mit „Red Lobster“*

Des Weiteren bemühte sich Otto Dahlem schon damals um die Förderung des aktiven Alterns, indem er Kontakte zu den Sportverbänden aufnahm, aber er kam damit nicht wirklich voran.

Immerhin, 1985 beschäftigte sich der Vierte Familienbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Familie und alte Menschen“ – ausgehend von der Frage „Wie versorgen Familien ihre alten Menschen?“ – zum ersten Mal mit der Situation älterer Menschen in der Familie. Ich hatte als wissenschaftliche Sachverständige diese Kommission geleitet und gegen Widerstände auch die Frage eingeschlossen: „Was tun alte Menschen für die Familie?“ – Ergebnis: Sie taten und tun sehr viel. Die Hilfe war keineswegs einseitig von Jung zu Alt, sondern sogar stärker noch von Alt zu Jung, was man nicht erwartet hatte.

1988 wurde ich dann als Seiteneinsteigerin ins Kabinett Helmut Kohl berufen mit dem Auftrag „etwas für die älteren Menschen zu tun“. 1989 gab ich den Ersten Altenbericht in Auftrag, obwohl die älteren Kabinettskollegen – Frauen gab es außer der Bundesministerin Dorothee Wilms, die mich immer unterstützte, damals nicht im Kabinett – die Notwendigkeit eines solchen Berichtes in Frage stellten. 1992 kam es zur Veröffentlichung des Berichtes „Die Situation alter Menschen“, woraufhin der erste Bundesaltenplan folgte, und somit auch eine Möglichkeit gegeben war, die BAGSO finanziell zu fördern. Weitere Altenberichte der Bundesregierung schlossen sich an: 1998 der Zweite Altenbericht „Wohnen im Alter“, 2001 der Dritte Altenbericht „Alter und Gesellschaft“, 2002 der Vierte Altenbericht „Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen“, 2006 der Fünfte Altenbericht „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“, und schließlich 2010 der viel diskutierte Sechste Altenbericht „Altersbilder in der Gesellschaft“, der deutlich gemacht hat, dass es viele Formen des Alterns gibt. Im nächsten Jahr wird der Siebte Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ folgen, ein Thema, das uns sehr unter den Nägeln brennt.

Doch wie sah es parallel dazu mit der Gründung von Seniorenorganisationen in den Parteien aus? 1988 wurde offiziell die Seniorenunion der CDU begründet, 1994 die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD, später dann die Seniorenunion der CSU, die Liberalen Senioren, die Grünen Alten und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren der Partei Die Linke.

Interessant ist auch die historische Betrachtung der Seniorenpolitik in Europa. 1982 erfolgte zum ersten Mal der Beschluss, ein eigenes Budget für Seniorenpolitik zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde 1994 die erste „Intergroup on Aging“ eingesetzt, die koordinierend tätig war. 1993 hatten wir das erste „Europäische Jahr der älteren Menschen“, 1996 folgte das „Europäische Jahr des lebenslangen Lernens“. Erst 2005 hatte man in Europa den demografischen Wandel entdeckt, während der Deutsche Bundestag bereits 1991 die Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ (auf gemeinsamen Antrag von Anke Fuchs, SPD und mir, von SPD und CDU) ins Leben gerufen hatte, die drei Legislaturperioden lang tätig war und 2002 die politische Kampagne „Demografischer Wandel“, von dem heute jeder spricht, bewirkt hatte. Dann folgten auf europäischer Ebene 2006 die Berichte „Demografische Zukunft Europas – Herausforderung und Chance“, 2007 „Europas Demographic Future – Facts and Figures“. 2011 wurde das „Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit“ ausgerufen, das alle Generationen, aber eben auch alte Menschen ansprach. Es folgte schließlich 2012 das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“. Sie sehen also, wie sich in den 25 Jahren auch Europa dem Thema „Alter und Altern“ genähert hat, wenn auch etwas langsamer.

Welche bedeutenden Wegweiser und Markierungspunkte gab es noch? 1958 wurde von Privatpersonen die „Lebensabendbewegung“ gegründet, die Eduard Ziehmer lange erfolgreich leitete. Sie

brachte die Zeitschrift „Der aktive Lebensabend“ heraus und kämpfte für die Belange und Rechte älterer Menschen, u.a. wurde die erste Fahrkostenermäßigung im ÖPNV für Senioren durchgesetzt.

Bereits 1957 wurde von Prof. Carl-Christoph Schweitzer die „Aktion Gemeinsinn“ ins Leben gerufen, die verschiedene gesellschaftspolitische Themen aufgriff, u.a. 1961 mit der Kampagne „Das Alter darf nicht abseits stehen“ den Blick der Gesellschaft auf Altersfragen lenkte, alte Menschen allerdings als Hilfsbedürftige sah. Bundespräsident Heinrich Lübke übernahm die Schirmherrschaft; er gründete dann mit seiner Frau 1962 das „Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) – Wilhelmine Lübke-Stiftung e.V.“ Das KDA war lange Zeit die Verbindung zwischen praktisch arbeitenden Senioren, Wissenschaftlern und der „Seniorenpolitik“, die mehr oder minder nur durch Herrn Dahlem vertreten war. 1974 wurde dann das Deutsche Zentrum für Altersforschung (DZA) in Berlin, geleitet von Margret Dieck, gegründet, das eine große Rolle in Dokumentation und Politikberatung spielte und auch heute sehr einflussreich ist.

1986 kam es zur Gründung des Deutschen Senioren Rings, der Zeitschrift „Generationen“ und 1987 und 1988 zur Durchführung des 1. und 2. Deutschen Seniorentages. Dann engagierten sich Prof. Kröger und Marie-Luise Kluge neben anderen (u.a. Katrin Markus von der BIVA) dafür, die BAGSO als Zusammenschluss sämtlicher damals vorhandener Seniorenorganisationen auf Bundesebene zu gründen, um die Interessen der Älteren besser zu vertreten. Damals waren es elf Seniorenverbände, heute vertreten wir in den mittlerweile 114 Verbänden etwa 13 Millionen ältere Bürgerinnen und Bürger. Den Vorsitz der BAGSO übernahmen Marie-Luise Kluge von 1989 bis 1996, Roswitha Verhülsdonk von 1996 bis 2006, Walter Link von 2006 bis 2009 und schließlich ich selbst.

Die BAGSO vertritt nicht nur die Interessen der Seniorinnen und Senioren von heute und von morgen, sondern will in allen Politikfeldern ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihre Expertise einbringen. Seniorenpolitik muss mehr Gewicht erhalten. Wir wünschen uns, dass Politiker aller Generationen sich für eine Politik mit der älteren Generation und für sie einsetzen und zwar in allen Politikbereichen, die die demografische Entwicklung bzw. das Altern der Gesellschaft berücksichtigen. Dazu beigetragen haben auch die Themen der Deutschen Seniorentage: 1987 „Aktiv 87“, 1989 „Alt na und?“, 1992 „Ältere Menschen – neue Perspektiven“, 1997 „Altern verbindet“, 2000 „Mit Senioren Zukunft gestalten“, 2003 „Senioren aktiv in Europa“, 2006 „Altern als Chance“, 2009 „Alter leben – Verantwortung übernehmen“ und 2012 „Ja zum Alter!“. Es folgt im nächsten Jahr der 11. Deutsche Seniorentag in Frankfurt unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“.

War die Politik vor 1989 nahezu ausschließlich Renten- und Pflegepolitik, so galt es nun, eine Politik für alte Menschen zu einer Politik mit alten Menschen, zu einer Politik der Mitgestaltung und Mitsprache der Älteren, zu machen. Dazu gehörte ein Wandel der Sicht auf ältere Menschen: von passiven und zu Betreuenden zu aktiven, mitverantwortlich gestaltenden Bürgerinnen und Bürgern.

Was also ist in diesen letzten 25 Jahren geschehen? Der Blick auf ältere Menschen hat sich verändert: vom Defizit- oder Abbau- zum Kompetenzmodell, ein Prozess, der in der Wissenschaft schon Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre eingeleitet wurde, zu den Potenzialen Älterer und zu einer stärker differenzierten Betrachtung des Alters; eine Entwicklung von der Abhängigkeit zur Selbstbestimmung, zum selbstbestimmten Alter; vom Erleiden des Alterns, vom passiven Hinnehmen zum Gestalten, zum Übernehmen von Aufgaben.

Auch ältere Menschen selbst haben Eigen- und Mitverantwortung: bei der Behandlung von Krankheiten, der stärkeren Beachtung der Prävention oder Verbeugung gegen Abbauerscheinungen. Die Entwicklung zeigt weiterhin eine Abkehr von der alleinigen medizinischen Zuständigkeit und Betrachtung der Alternsprozesse hin zu mehr Interdisziplinarität. Altern ist eben nicht nur ein biologisches,

sondern auch ein soziales Schicksal; epochale Momente und Umweltgegebenheiten bestimmen den Alternsprozess mit. So zeigen sich Veränderungen in den 25 Jahren vom Wohnen und Pflegen im Altenheim zu einem möglichst langen Verbleiben in der eigenen Wohnung. Die Anpassung der Umwelt an die Senioren, die präventive Umweltgestaltung spielt eine zunehmend größere Rolle.

Und nun: Schauen wir gemeinsam in die Zukunft! Diese gilt es zu gestalten, von allen Generationen, von Jung, „Mittelalt“ und Alt, von Einheimischen und Zugezogenen, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, von Menschen mit und ohne Einschränkungen, von Hilfsbedürftigen und Helfenden!

---

## Grußwort des Staatssekretärs im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, Dr. Wolfgang Dippel

Sehr geehrte Damen und Herren,

25 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen! Der BAGSO herzlichen Glückwunsch zu diesem Jubiläum, auch im Namen von Herrn Staatsminister Grüttner, der leider nicht hier sein kann.

Dass wir heute 25 Jahre erfolgreiche Arbeit mit älteren Menschen und für sie feiern können, ist die Leistung vieler, insbesondere der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAGSO sowie ihrer zahlreichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Sie alle haben den seniorenpolitischen Dialog über die Jahre mit Leben gefüllt. Und dafür danke ich ihnen!



Einen besonderen Dank möchte ich an Sie, Frau Prof. Lehr, richten. 1989 haben Sie als Bundesfamilienministerin wesentlich zur Gründung der BAGSO beigetragen. Seither begleiten Sie die BAGSO kontinuierlich und mit viel Engagement. Als Vorsitzende leiten und lenken Sie seit 2009 erfolgreich die Geschicke der Interessenvertretung. Ich denke, man kann sagen, dass die BAGSO „Ihr Kind“ ist.

Das Kleinkind- und Teenageralter hat die BAGSO mit ihren 25 Jahren sicherlich hinter sich gelassen. Als junge Erwachsene ist sie im Leben angekommen, hat bereits vieles gelernt und einiges erreicht. Gleichzeitig ist sie noch voller Tatendrang und begierig auf die Herausforderungen, die die Zukunft an sie stellt. Davon zeugt auch die Wahl des Mottos für den kommenden 11. Seniorentag, der im nächsten Jahr hier in Frankfurt stattfinden wird. „Gemeinsam in die Zukunft!“ – ein spannendes Thema mit vielen Facetten und großen Entwicklungspotenzialen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle streben nach einer inklusiven Gesellschaft, die allen Menschen – alten und jungen, mit und ohne Einschränkungen, wohlhabenden und nicht so wohlhabenden – gleichermaßen die Teilhabe ermöglicht.

Das Miteinander der Generationen – früher einmal auf der Grundlage der Großfamilien eine Selbstverständlichkeit – muss wieder mit neuem Leben gefüllt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass noch nie so viele Generationen gleichzeitig gelebt haben wie heute, müssen die sich hieraus ergebenden Synergiemöglichkeiten für alle nutzbar gemacht werden. Vor allem das gemeinsame Leben im Quartier bietet hier nahezu unbegrenzte Möglichkeiten. Deshalb begrüßt und fördert die Hessische Landesregierung Wohn- und Pflegekonzepte mit Quartiersbezug.

Auch das Miteinander von Menschen unterschiedlichster Herkunft gewinnt zunehmend an Bedeutung, vor allem in Hessen als einem der Bundesländer mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Bereits 2011 legte das Hessische Ministerium für Soziales und Integration im Rahmen seiner seniorenpolitischen Initiative „Alter neu denken – Zukunft gewinnen“ ein besonderes Augenmerk auf die Lebensbedingungen älterer Menschen mit Migrationshintergrund, z. B. mit der Förderung integrativer Wohnformen und der Berücksichtigung interkultureller Gesichtspunkte in der Altenpflegeausbildung. Dies sind wichtige Lösungsansätze für eine Gruppe, die einer doppelten Ausgrenzungsgefahr ausgesetzt ist: der altersbezogenen und der ethnischen Exklusion.

Die BAGSO hat diese Zeichen der Zeit ebenfalls erkannt. So setzt sie sich mit dem Projekt „NASCH DOM“ – was „Unser Haus“ bedeutet – für die Verbesserung der Versorgung russischsprachiger Demenzkranker ein. Hier werden u.a. Multiplikatoren aus Migrantorganisationen geschult und beim Aufbau kultursensibler bedarfsgerechter Angebote begleitet. Solche Aktivitäten ebnen den Weg hin zu einer sorgenden Gemeinschaft, indem sie das Miteinander von Helfenden und Hilfesuchenden stärken.

In dieser Konstellation, Helfende und Hilfesuchende, unterliegen wir heutzutage glücklicherweise nicht mehr dem Irrtum einer starren Rollenverteilung, der dem älteren Menschen stets die Rolle des Hilfeempfängers zuweist. Die heutige Generation der Seniorinnen und Senioren verfügt über Potenziale, die vielfältig einsetzbar sind. Und zwar nicht nur innerhalb der Familie bei der Betreuung von Enkelkindern oder der Pflege von Angehörigen, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Denn neben all den individuellen Kompetenzen, die ein jeder von uns hat, können ältere Menschen etwas in die Gesellschaft einbringen, das von unschätzbarem Wert ist und von keinem jungen Menschen erbracht werden kann: den gewachsenen Erfahrungsschatz eines langen Lebens. Diese Ressource gilt es durch bürgerliches und ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwohl nutzbar zu machen.

Aber nicht nur die Gesellschaft ist auf das Engagement älterer Menschen angewiesen, auch für die Seniorinnen und Senioren selbst ist die aktive Teilhabe am Gemeinwesen wichtig. Sie brauchen – wie jeder Mensch – eine sinnvolle Aufgabe, möchten für andere nützlich sein und wollen ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten. Deswegen setzt sich die Hessische Landesregierung dafür ein, das Engagement und die Teilhabe älterer Menschen durch die Förderung und Begleitung entsprechender Netzwerke und Anlaufstellen zu unterstützen.

Erfreulicherweise nimmt die Zahl der älteren Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren, ständig zu. Diese Entwicklung ist auch der unermüdlichen Aktivität der BAGSO zu verdanken. Ihr Ziel war es stets, die vielfältigen Potenziale des Alters herauszustellen und das „Aktive Alter“ als Lebensmodell voranzubringen. Bereits zum 20-jährigen Jubiläum haben Sie, Frau Prof. Lehr, hervorgehoben, dass „die heutige Seniorenpolitik vor allem danach fragt, was die Älteren für die Gesellschaft tun können“. Und sie können eine Menge tun. Ihr Engagement eint unsere Gesellschaft und führt uns gemeinsam in die Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, ich blicke positiv in die Zukunft. Und dies tue ich bewusst aus der Perspektive eines Menschen, der nächste Woche seinen 60. Geburtstag feiert. Ich

glaube an eine Zukunft, die geprägt sein wird von Gemeinsamkeit, vom Miteinander unterschiedlichster Menschen. Und ich bin sicher, die BAGSO wird weiterhin aktiv diese Zukunft, die nicht nur die der Seniorinnen und Senioren, sondern die unserer Gesellschaft insgesamt ist, mitgestalten.

Hierfür wünsche ich ihr weiterhin viel Erfolg und viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

---

## Grußwort des Verkehrsdezernenten der Stadt Frankfurt, Stadtrat Stefan Majer

Sehr geehrte Frau Professor Lehr, herzlichen Dank für die Einladung zum Festakt „25 Jahre BAGSO“ im Rahmen der diesjährigen BAGSO-Fachtagung.

Sehr geehrter Herr Dr. Dippel, sehr geehrte Frau Ferner, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, Sie heute im Namen des Oberbürgermeisters Peter Feldmann und des Magistrats der Stadt Frankfurt begrüßen zu dürfen. Wir freuen uns, dass Sie Ihre diesjährige Fachtagung in Frankfurt am Main ausrichten. Auch die Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht, Prof. Daniela Birkenfeld, sendet Ihnen herzliche Grüße.



Im Folgenden möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Aktivitäten der Stadt Frankfurt im Bereich der Seniorenpolitik geben. Das Thema Altern und seine Auswirkungen beschäftigt die Stadt schon seit vielen Jahren. Dabei wurde klar, dass es wichtig ist, zu den gesamtstädtischen Entwicklungen ein differenziertes Bild über die einzelnen Stadtteile und Quartiere zu erhalten. In dem 2011 vorgelegten Monitoring zur sozialen Segregation und Benachteiligung zeigte sich, dass sich die Lebenslagen älterer Menschen in den Quartieren stark voneinander unterscheiden.

Sowohl das Sozial- als auch das Planungsdezernat sind sich einig, dass es in der Zukunft vor allem darauf ankommt, neue Formen des Wohnens im Alter, auch für Hochbetagte, zu erschließen. Im Stadtraum sind einige Wohngruppen entstanden, die sich entweder an alle Generationen, nur an Ältere und teilweise an Kranke oder demenziell Erkrankte richten. Das konventionelle Altenpflegeheim wird sicher bleiben, doch die Nachfrage nach alternativen Angeboten steigt spürbar an.

Auch wenn die Anzahl der Pflegeplätze in unserer Stadt genügt, die Mittel aus der Pflegeversicherung für eine angemessene Betreuung z. B. Demenzkranker reichen nicht aus. Deshalb hat die Stadt bereits vor mehr als zehn Jahren das „Frankfurter Programm – Würde im Alter“ aufgelegt. Damit werden sowohl Umbauten in Altenpflegeheimen als auch Gruppen pflegender Angehörigen gefördert.

Was präventive ambulante Angebote betrifft, so hat die Stadt neun regionale Stadtteilkonferenzen „Forum Älterwerden in Frankfurt“ durchgeführt und konnte so etwa 2.000 Menschen erreichen. Wir wollten über Angebote informieren und etwas über die Lebenswirklichkeit der Menschen vor

Ort erfahren. Kernthemen waren „Wohnen“ und „Wohnumfeld“. Zentrale Punkte hierbei: die wohnortnahe Versorgung mit Artikeln des täglichen Bedarfs und die größtmögliche Mobilität. Dabei haben wir viele Anregungen erhalten, wie die Mobilität verbessert werden kann und welche Angebote in den jeweiligen Stadtbezirken fehlen.

Selbstverständlich kommen diese Veränderungen nicht nur älteren Menschen zugute. Barrierefreie Zugänge zu Gebäuden und Verkehrsmitteln, mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum und die Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs wissen Eltern mit Kleinkindern, Menschen mit Behinderung und Kranke ebenso zu schätzen. Der steigende Anteil älterer Menschen bietet so die Chance, unsere Stadt positiv zu entwickeln.

Wir verfügen außerdem über langjährige Erfahrungen im Quartiersmanagement, das sich „Frankfurter Programm – Aktive Nachbarschaft“ nennt. Auch hier zeigt sich, dass viele Menschen eine Aufgabe in ihrer näheren Umgebung suchen. Im Frühjahr wurde das Projekt Nachbarschaftskolleg ins Leben gerufen, das sich an engagierte Menschen im Quartier richtet.

Stichwort Mehrsprachigkeit: Wir dürfen nicht die wachsende Zahl der älteren Migrantinnen und Migranten vergessen. Ihren Anregungen ist es zu verdanken, dass sich bereits einige wertvolle Hilfestellungen etabliert haben, z. B. die mehrsprachige Beratung in Rentenfragen, der türkische Hausnotruf und die Tagespflege mit interkultureller Ausrichtung.

Wir müssen die Angebote, die sich bewährt haben, erhalten – auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen. Im ambulanten Bereich hat die Stadt deutliche Zeichen gesetzt, indem sie ihre Investitionen in präventive Maßnahmen der offenen Altenhilfe trotz angespannter Haushaltslage fortsetzt. Im Juni fanden zum 12. Mal die „Aktionswochen Älterwerden in Frankfurt“ statt. Sie sind wichtig, weil sie Ältere und deren Angehörige über die Vielfalt der Einrichtungen und Angebote für die ältere Generation informieren.

Wir sind gefordert, die Eckpfeiler einer älter werdenden Gesellschaft und ein Leben in Würde zu sichern. Dazu gehören eine soziale Daseinsvorsorge, altersgerechtes bezahlbares Wohnen und eine adäquate Pflege im Bedarfsfall. Ältere Menschen sind als „Experten in eigener Sache“ auf Augenhöhe zu beteiligen und ihre Initiativen zu unterstützen.

Ich möchte Ihnen in diesem Sinne die allerbesten Wünsche zum 25-jährigen Bestehen übermitteln und wünsche Ihnen eine spannende Fachtagung und einen schönen Festakt am heutigen Abend.

Zum Schluss möchte ich noch stellvertretend für die Sozialdezernentin meine Freude darüber ausdrücken, dass wir als Stadt Frankfurt gemeinsam mit der BAGSO im nächsten Jahr den 11. Deutschen Seniorentag ausrichten. Ich bin sicher, dass im Rahmen dieser Großveranstaltung sehr unterschiedliche Akteure die Gelegenheit nutzen werden, sich mit dem Älterwerden auseinanderzusetzen.



## Ansprache der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

### Grußwort der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Elke Ferner

#### *Es gilt das gesprochene Wort!*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe, sehr geehrte Frau Prof. Lehr,

wir sehen uns, glaube ich, dieses Jahr schon zum dritten oder vierten Mal. Das zeigt, dass Sie als Vorsitzende der BAGSO immer sehr präsent sind, wenn es um das Thema Seniorenpolitik geht. Ich möchte Ihnen noch einmal persönlich gratulieren, Ihnen, Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern bei der BAGSO zu 25 Jahren wirklich sehr erfolgreicher Arbeit, von Senioren für Senioren

und Seniorinnen. In den Dank möchte ich ausdrücklich Frau Verhülsdonk als Ehrenvorsitzende der BAGSO einschließen. Sie haben wirklich in den vergangenen 25 Jahren mit der BAGSO Maßstäbe gesetzt, die uns auch jetzt auf allen Ebenen der Politik, auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene, wichtige Impulse gegeben haben, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu meistern. Ich freue mich, dass Renate Schmidt als frühere Familien- und Seniorenministerin da ist. Ich freue mich auch, dass meine Kollegin Petra Crone aus meiner SPD-Bundestagsfraktion da ist, die Kollegin Frau Klaff-Isselmann aus dem Hessischen Landtag und der Herr Kollege Dippel. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich glaube, dass die Arbeit, die Sie machen, wirklich unverzichtbar ist und deshalb darf ich Ihnen auch herzliche Grüße von Manuela Schwesig, der aktuellen Bundesseniorenministerin übermitteln.

Wir haben, wenn es um das Thema Senioren und Seniorinnen geht, vieles zu bedenken. Ich glaube, wir haben weniger Erkenntnis- als vielmehr Umsetzungsdefizite. Wir wissen unglaublich viel, haben aber von diesen Erkenntnissen noch nicht sehr viel umgesetzt. Und das ist völlig unabhängig von der politischen Farbenlehre und den einzelnen politischen Ebenen. Ich glaube, es ist schon ein wenig später als „fünf vor zwölf“. Wir müssen daher jetzt endlich Gas geben in der Seniorenpolitik und das, was notwendig ist, auch wirklich umsetzen. Wir wissen, dass gerade die politische Umsetzung, weil sie in unserem föderalen System über verschiedene Ebenen geht, nicht unbedingt einfach ist. Von der Idee bis zur Umsetzung benötigt es leider Zeit, manchmal leider auch zu viel Zeit. Ich möchte deshalb erst einmal noch einen Bogen spannen, bevor ich auf einige Highlights oder Schwerpunkte komme, die sich die Bundesregierung jetzt vorgenommen hat.

Das, was die meisten Menschen wollen, ist, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben. Jeder und jede möchte da wohnen bleiben, wo man die Nachbarn kennt, wo man sich wohlfühlt. Und deshalb muss auch die Strategie Selbstbestimmung und aktive Teilhabe weiter entwickelt



werden. Dabei kommt der sozialräumlichen Struktur eine ganz wesentliche Rolle zu. Die Menschen leben eben vor Ort und nicht irgendwo, sie leben in ihrem individuellen Wohnumfeld, in ihrem Haus, ihrem Dorf, ihrem Stadtteil, in ihrem Quartier. Deshalb werden wir jetzt auch bei der Frage der Demografiestrategie mit der Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ gerade diese sozialräumlichen Strukturen noch einmal in den Blick nehmen. Dies, glaube ich, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass es uns gelingt, das zu ermöglichen, was die Menschen wollen, nämlich möglichst lange in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Dazu gehören sehr viele unterschiedliche Aspekte. Die Kommunen sind teilweise bereits auf dem Weg, teilweise hinken sie aber noch hinterher.

Ein wichtiges Thema ist das barrierefreie oder wenigstens barrierearme Wohnen. Dies trifft leider bisher nicht auf den Wohnungsbestand zu, und es können auch nicht so viele neue barrierefreie Wohnungen hinzugebaut werden wie dies nötig wäre. Daher haben wir in dieser Koalition noch einmal die Zuschüsse und die KfW-Kredite reaktiviert, damit es einfacher wird, diese Barrierefreiheit herzustellen. Natürlich sind hier auch die Wohnungsbaugesellschaften gefordert, die, wenn man die Investitionszyklen betrachtet, immer in Zyklen von 20 und mehr Jahren investieren. Wird jetzt eben in Wärmedämmung investiert und nicht auch in Barrierefreiheit – zumindest in den Erdgeschosswohnungen – dann ist eine Chance vertan. Dieses dann später nachzuholen, kostet sehr viel Geld und ist daher kurzsichtig.

Natürlich geht es auch darum, die soziale Infrastruktur und die Alltagsinfrastruktur in den Stadtteilen und Dörfern – soweit es geht – zu erhalten, zu reaktivieren oder gar auszubauen. Zu Hause wohnen zu bleiben wird erschwert, wenn die Lebensmittel- oder ärztliche Versorgung nicht funktioniert und Unterstützungsangebote fehlen. Zum Glück werden wir alle älter und auch gesund älter. Aber natürlich benötigt ein Teil der Älteren Unterstützung. Deshalb müssen wir zusehen, dass wir nicht nur innerhalb der Generation der Älteren versuchen, das Miteinander zu verbessern, sondern auch über die Generationen hinweg. Ein erfolgreiches Instrument dafür sind die 450 Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland, die sich nun schon in der zweiten Programmphase befinden. Auch die Unterstützung der 16.000 Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler gehört dazu. Die Koalition hat beschlossen, die Mehrgenerationenhäuser zu verstetigen. Für 2015 besteht bereits Planungssicherheit, davon ausgehend, dass das Parlament den Haushaltsentwurf beschließen wird. Für 2016 werden wir jetzt das Konzept entwickeln und uns für die weitere Finanzierung einsetzen.

Natürlich gibt es auch andere Möglichkeiten bzw. Kombinationen, die im Prinzip ähnlich gestrickt sind, egal, ob das Gemeinwesenarbeit oder Stadtteilarbeit heißt. Immer aber handelt es sich um eine Disziplinen und Ebenen übergreifende Zusammenarbeit, von der wir gerade im Hinblick auf knappe finanzielle Ressourcen noch mehr benötigen. Wie schwer dies ist, zeigt die aktuelle Diskussion über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, in der es auch immer um Entflechtung geht. Doch es gibt wenigstens zwei Politikfelder, in denen wir mehr und nicht weniger Kooperation zwischen den Ebenen brauchen: das sind aus meiner Sicht die Senioren- und die Behindertenpolitik, denn auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen lässt sich nur Ebenen übergreifend gestalten. Solange der Bund für die Sozialgesetzbücher oder Leistungen der Kranken- und der Pflegeversicherung zuständig ist und die kommunale Ebene für die lokale Infrastruktur, ist eine gut verzahnte Zusammenarbeit zwingend erforderlich. Schaffen wir das nicht, dann haben wir unseren Job nicht gut gemacht. Wir haben also in den nächsten Jahren eine spannende Aufgabe vor uns, denn es gilt, die knappen Ressourcen auf allen Ebenen so zu bündeln, dass wir für die Menschen vor Ort das Beste erreichen.

Wie die Ausstellung zu dieser Tagung zeigt, sind Prävention und Sport deshalb enorm wichtig, weil so Pflegebedürftigkeit im besten Fall verhindert, aber wenigstens hinausgezögert werden kann. Daher müssen wir auch mehr in Prävention investieren. Wir haben im Jahr 2014 immer noch kein

Präventionsgesetz, was eigentlich ein Armutszeugnis ist. Aber wir haben es wieder in diesen Koalitionsvertrag aufgenommen und das Bundesgesundheitsministerium will noch vor Weihnachten seinen Entwurf dem Kabinett vorlegen. Wir brauchen nicht nur mehr Präventionsangebote, sondern wir müssen mit diesen auch dort hingehen, wo die Menschen sind, denn Komm-Strukturen sind hier wirkungslos. Des Weiteren müssen wir einen Ansatz finden, damit die Sozialversicherungsträger über ihre jeweiligen Tellerränder hinwegschauen. Es kann nicht sein, dass Reha-Bedürftige „von Pontius zu Pilatus laufen“ müssen und am Ende drei, vier, fünf Monate vergehen, bis eine Reha-Maßnahme genehmigt wird. Eigentlich muss es so sein: Wenn eine Reha notwendig ist, muss im „Front-Office“ darüber entschieden und im Backoffice darüber gestritten werden, wer bezahlt. Aber das darf nicht zu Lasten der Menschen gehen! Hier gibt es also noch einige Baustellen, die wir angehen müssen.

Aktuell stehen folgende Maßnahmen an: Wir haben das Pflegegesetz, Teil I, auf den Weg gebracht. Ich sage bewusst Teil I, weil der wichtigste Teil, nämlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, noch aussteht. Das muss im nächsten Jahr kommen. Aber der Teil I des Pflegeneuordnungsgesetzes bringt schon sehr viele Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Noch in diesem Jahr wollen wir auch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Familienpflegezeit und Pflegezeit im Bundestag verabschieden, damit es zum 1.1.2015 in Kraft treten kann. Wir werden dann erstmals ein Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung für eine maximale zehntägige Auszeit in einer akuten Pflegesituation einführen. Damit werden Angehörige in die Lage versetzt, pro Pflegebedürftigem bis zu 10 Arbeitstage dem Job fernzubleiben, um geeignete Maßnahmen und Hilfen zu organisieren. Und wir werden bei der Familienpflegezeit auch einen Rechtsanspruch einführen, damit Angehörige nicht mit ihrem Arbeitgeber darum kämpfen müssen, sondern sich innerhalb einer angemessenen Zeit dafür entscheiden können. Mit einer reduzierten Arbeitszeit und der Möglichkeit, ein zinsloses Darlehen vom Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben zu bekommen, sind wir meines Erachtens nach einen weiteren wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen.

Schließlich müssen wir auch die Altersbilder erweitern. Es ist ja gerade auch Ihrer Arbeit zu verdanken, dass Alter jetzt nicht mehr nur mit Defizit behaftet ist, sondern dass die Chancen des Alters im Vordergrund stehen – das, was ältere Menschen noch leisten können und auch leisten wollen – und dass dort, wo es Unterstützungsbedarf gibt, dieser auch ermöglicht wird. Hier gibt es noch genügend Baustellen: Nicht jeder kann sich z. B. eine Haushaltshilfe leisten. Insbesondere Rentnerinnen und Rentner haben ja kaum eine Möglichkeit, diese steuerlich abzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir auch den Anspruch haben, dass diejenigen, die diese Dienstleistungen erbringen, davon leben können. Es kann ja nicht sein, dass wir gerade hier die neuen Armen der künftigen Generationen schaffen. Wir brauchen also dringend andere Modelle als die, die wir heute haben.

Ich freue mich, dass Sie hier so aktiv und zukunftsgerichtet diskutieren und dass wir bereits so viele Impulse von der BAGSO erhalten haben und mit Sicherheit auch weiter erhalten werden. Ich finde, Seniorenpolitik ist mit eines der spannendsten Themenfelder in der Politik, denn sie ist vielfältig, den Menschen zugewandt und wird – weil wir alle hoffentlich auch in dieses Alter kommen – für uns persönlich wirken.

In diesem Sinne, Frau Lehr, wünsche ich Ihnen persönlich, der BAGSO und allen, die in den Vereinen und Verbänden Seniorenpolitik aktiv mitgestalten, alles Gute! Ich wünsche Ihnen noch eine schöne Veranstaltung, und weiterhin viel Erfolg und uns eine gute Zusammenarbeit!

## 25 Jahre BAGSO – 25 Jahre Seniorenpolitik



Moderiert von der Chefredakteurin des Senioren Ratgebers, Claudia Röttger, diskutierten

- Elke Ferner, MdB, und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und BAGSO-Vorsitzende
- Renate Schmidt, Bundesministerin a.D.
- Roswitha Verhülsdonk, Parlamentarische Staatssekretärin a.D. und BAGSO-Ehrenvorsitzende

über Frauen in Politik und Wissenschaft, den Wandel von Familien- und Altersbildern sowie die Entdeckung der Potenziale des Alters. Abschließend äußerten sie sich zur Zukunft der Älteren und der Gesellschaft. Das eher seltene Bild einer Diskussionsrunde – „nur“ mit Fachfrauen – gab Anlass zur einführenden Frage von Claudia Röttger, ob dies nur der Tatsache geschuldet sei, „dass man über Familienthemen spricht und ob sich dies auch so bei der Postenvergabe in den Familienministerien widerspiegelt?“

Renate Schmidt, die ehemalige Familienministerin im Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder, meinte, dass sich kein Bundeskanzler mehr hätte erlauben können, kaum Frauen in sein Kabinett zu holen. Schröder habe damals zu ihr gesagt: „Ja, Du musst Familienministerin werden. Du hast zwar so gut wie keine politischen Kompetenzen, Du kriegst auch kein Geld. Aber mir ist gesagt worden, Du wirst etwas daraus machen.“ Schmidt ergänzte, dass die größte Aufgabe in diesem Ministerium das ‚Hineinregieren‘ in andere Ministerien sei. Daher habe sie bei ihrem Amtsantritt auch zu ihren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesagt: „Wir sind das Menschenministerium und wir haben uns überall einzumischen. Wir müssen lästig und listig sein, dann schaffen wir es schon.“ Dies sei schließlich auch der Fall gewesen.

„Wir werden älter und wir müssen mehr für die älteren Menschen in unserer Gesellschaft tun und das müssen Sie übernehmen“, so lautete einige Jahre zuvor die Anfrage Helmut Kohls an die damalige Wissenschaftlerin und Lehrstuhlinhaberin Ursula Lehr zur Übernahme des Ministeriums, so berichtete die jetzige BAGSO-Vorsitzende. Nachdem sie zunächst abgesagt habe, hätte er ihr vorgeworfen: „Sie haben immer gefordert, dass die Politik etwas für die Älteren tun muss. Jetzt haben Sie die Chance“, die sie dann auch ergriffen habe. Das Argument, dass sie immer nur gefordert hätte – z. B. durch ihre Mitarbeit an Familienberichten – sei ja auch richtig gewesen. Deshalb forderte sie nach kurzer Bedenkzeit zugleich: „Diese Legislaturperiode mache ich es und ich werde auch versuchen, die Seniorenpolitik ins Ministerium reinzuboxen.“ Mit Andreas Kruse hätte sie zudem einen guten Vertreter in Heidelberg zurückgelassen.



*Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

„Wir müssen uns immer noch in alle Themenbereiche einmischen, denn die Steuerpolitik hat etwas mit Familienpolitik zu tun, die Pflegepolitik, die im Gesundheitsministerium angesiedelt ist, hat natürlich auch etwas mit der Seniorenpolitik zu tun“, so die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner. Dass immer „nur“ Frauen diesen Ministerposten bekleideten, sei vielleicht deshalb so, weil gerade diese sich – unter Hintanstellung ihrer persönlichen Präferenzen, einfach der Sache wegen – trauten, sich einzumischen. „Man muss wirklich ein bisschen kämpfen, um weiterzukommen“, so Ferner. Habe man aber etwas erreicht, dann kämen schließlich auch Freude und Stolz auf.



*Roswitha Verhülsdonk, Parlamentarische Staatssekretärin a.D. und BAGSO-Ehrenvorsitzende mit Prof. Lehr*

Als Roswitha Verhülsdonk 1991 Parlamentarische Staatssekretärin bei Ministerin Hannelore Rönsch wurde, war gerade die Deutsche Einheit eingetreten. Die Moderatorin wollte von ihr wissen, wie genau die Tätigkeit in dieser Position damals aussah. Verhülsdonk berichtete über die Sondersituation, mit der auch die Politiker damals lernen mussten umzugehen. Sie z. B. sei sehr oft in den neuen Bundesländern gewesen, um dort mit den Menschen zu sprechen, ihre Probleme zu verstehen und zu lernen. Ansprechbar seien vor allem die Frauen gewesen, die vorher in der zweiten oder dritten Reihe in der Wirtschaft oder im Staat gearbeitet hatten. Ihre Hinweise aufgreifend, habe man auch dort

ein Familienzentrum oder eine Sozialstation initiiert, wo es benötigt wurde, so Verhülsdonk. Sie sei damals wochenlang durch die Länder gereist und habe z. B. auf Marktplätzen beraten. Dies und die entsprechenden Informationsbroschüren seien sehr gut angenommen worden, erinnerte sie sich.

## Projekte nah am Menschen initiieren und erfolgreiche Modelle weiterführen

„Das war sehr nah an den Menschen“, resümierte Claudia Röttger und wollte von Elke Ferner wissen: „Gilt das auch heute noch?“ Genau das sei ja das Spannende, bestätigte Ferner. Deshalb unterstütze man auch viele einzelne Projekte durch diverse Programme in den Kommunen. Bedingt durch die föderale Struktur seien dies zwar leider immer nur Modellprojekte, doch man müsse eben zusehen – auch wenn dies im Finanzministerium nicht so gern gehört werde –, dass Bewährtes in den Gemeinden, Städten und Dörfern dann dauerhaft weitergeführt werden könne und nicht nach der Förderung auslaufe. „Wir machen die Projekte nicht der Projekte wegen, sondern wir machen das, damit die Angebote für die Menschen besser werden“, erklärte Ferner. Leider interessiere das die Arbeitsebenen im Finanzministerium nicht wirklich, weshalb man immer wieder gezwungen sei, dies politisch durchzukämpfen. Doch es gebe auch Erfolge zu verzeichnen, so sei man bei den Mehrgenerationenhäusern auf einem guten Weg.

„Die Modellprojekte waren leider Gottes immer Auslaufmodelle. Aber eines hat sich doch halbwegs gehalten“, warf Ursula Lehr ein. In der Zeit von Hannelore Rönsch seien die Seniorenbüros gegründet worden. Dies sei ihr Projekt gewesen und die Seniorenbüros existierten schließlich noch heute.

### Claudia Röttger (Moderation)

Weil – nicht zuletzt durch solche Erfolge – heute die Senioren im Bundesfamilienministerium selbstverständlich ein Thema sind, wollte die Moderatorin von Frau Verhülsdonk wissen, ob sie sich noch an die Diskussionen von damals erinnere und ob es eher strittige oder einsichtige Diskussionen waren.

„Im Vorfeld des Deutschen Seniorentages in Berlin war bekannt, dass Seniorenbüros in der Planung waren. Viele Verbände sagten: ‚Was, da wollt Ihr Geld an andere geben und Neues gründen? Wir machen doch die Arbeit, unterstützt uns lieber‘“, erinnerte sich Roswitha Verhülsdonk. „Den Verbänden musste erklärt werden, dass in der Zusammenarbeit mit den Seniorenbüros eine große Chance stecke und dadurch die Chancen, etwas zu verbessern, wesentlich stiegen. Es habe auch nicht lange gedauert, bis sich die ersten Personen mit ihrem beruflichen, organisatorischen und finanziellen Sachverstand engagierten. So entstanden funktionierende Seniorenbüros in unterschiedlichen Modellen, die auch wissenschaftlich begleitet wurden, so Verhülsdonk. Neben öffentlichen und privaten habe es auch kombinierte Trägerschaften gegeben. „Es gab zentrale Büros, die in die Umgebung ausstrahlten und es gab dezentrale Strukturen, etwa um eine große Stadt herum mit vielen Stützpunkten, die dann von den Menschen in der näheren Umgebung genutzt werden konnten, dort, wo z. B. kein guter öffentlicher Nahverkehr existierte“, berichtete Verhülsdonk.



*Bundesministerin a.D. Renate Schmidt – wie immer locker und kurzweilig. Die erfrischenden Anekdoten aus ihrer Zeit als Ministerin amüsieren Zuhörerinnen und Zuhörer.*

„Es war praktisch und dadurch haben Sie Mitstreiter gewinnen können“, resümierte Claudia Röttger. „Ich kann mir trotzdem vorstellen, Frau Schmidt, dass es manchmal nicht so einfach ist, für Junge und Alte, für Frauen und Männer und für kranke und gesunde Menschen zuständig zu sein. Wie schafft man es da, in dem Amt immer allen gerecht zu werden? Ist es nicht eine öffentliche Zerreißprobe?“



*Claudia Röttger, Chefredakteurin des Senioren Ratgebers, moderierte das Gespräch.*

Auch wenn das Ministerium, was der Name ausdrücke, für scheinbar viele Gruppen zuständig sei, müsse man sich davor hüten, eine Klientelpolitik zu betreiben, die die Gesellschaft in Gruppen dividiere, warnte Schmidt. „Man darf es nicht zulassen, dass ein Gegensatz zwischen der Abteilung für Kinder- und Jugendpolitik und der Abteilung für Seniorenpolitik entsteht. Das wäre das Falscheste überhaupt.“ Kinder und Jugendliche dürften nicht gegen Alte und umgekehrt ausgespielt werden. Das müsse den einzelnen Abteilungen und in der Politik klar werden. Nicht von ungefähr stehe das Wort Familie an der ersten Stelle im Ministeriumsnamen, was aber als die Klammer um die anderen herum zu verstehen sei. Denn alle seien voneinander abhängig und profitieren nur dann voneinander, wenn es dem jeweils anderen gutgehe. „Es ist doch absolut falsch, wenn wir Alten nicht dafür sorgen, dass genügend Geld in Bildung investiert wird. Und wenn die Jungen glauben, man sollte den Alten die Hüftgelenke nicht mehr finanzieren, wenn sie Schmerzen haben“, befand Schmidt. Im Prinzip handele man im eigenen Interesse, wenn man dafür Sorge, dass es den anderen Gruppen in der Gesellschaft auch gutgehe. Das sei das Beste, was dieses Ministerium bewerkstelligen könne.

„100 Prozent Ihrer Meinung“, stimmte Ursula Lehr zu. „Aber, als ich kam, da bedeutete Familienministerium Eltern mit Kind, Schluss.“ Man habe erst dafür kämpfen müssen, „dass Großeltern auch zur Familie gehören“, bekräftigte Lehr.

### **Veränderte Familienstrukturen: Gesetze den Lebensrealitäten der Menschen anpassen**

„Wie definiert sich heute Familie?“, knüpfte Claudia Röttger an. „Wo stehen die Senioren in diesem Feld heute?“, wollte sie von Elke Ferner wissen.

„Die Familienstrukturen haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten sehr verändert: Wir haben Patchwork-Familien, Regenbogen-Familien, wir haben Familien, die gar nicht unter den klassischen Familienbegriff fallen, weil dort auch Personen für einander eintreten, die gar nicht miteinander verwandt oder verheiratet sind, wo auch Nachbarschaften für einander eintreten“, erklärte diese. Sie begrüßte diese Entwicklung, denn Kinder und Eltern wohnten oft weit voneinander entfernt. Eltern wollten, wenn sie Unterstützungsbedarf haben, nicht aus ihrer gewohnten Umgebung heraus. Es entwickelten sich vielmehr gute Projekte in den Nachbarschaften, z. B. generationenübergreifendes Wohnen, das für die ins Alter kommende erste WG-erfahrene Generation kein Schreckensbild mehr sei. Solche Strukturen gelte es zu nutzen und zu schützen, forderte Ferner. Nicht zuletzt deshalb sei bei der Familienpflegezeit der Familienbegriff erweitert worden, sodass auch Stiefkinder und Stiefeltern für die Kinder bzw. Eltern da sein und lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften – Paare ohne Trauschein, Schwule oder Lesben ohne eingetragene Lebenspartnerschaft – natürlich auch füreinander eintreten könnten. „Wir müssen die Gesetze den Lebensrealitäten der Menschen anpassen“, so Ferner. „Familie ist für mich da, wo Menschen füreinander eintreten.“

## Eine Zeitenwende: Die Entdeckung der Potenziale des Alters

Claudia Röttger: „Frau Prof. Lehr, irgendwann gab es doch eine Zeitenwende, als Sie das Potenzial des Alters angemahnt haben? War es nötig, erst einmal wissenschaftliche Grundlagen zu liefern, um diesen Paradigmenwechsel einläuten zu können?“

„Entwicklung ist Veränderung des Erlebens und Verhaltens auf dem Kontinuum eines Lebenslaufs. Der Mensch entwickelt sich vom ersten Atemzug, eigentlich schon von der Schwangerschaft, bis zum letzten Atemzug“, lautete die Theorie meines Lehrers Hans Thoma. „Man musste ihm recht geben, doch wo waren die empirischen Belege dafür? So begann unsere – meine – Forschung“. Lehrwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Alter wurde durch ihren ersten Forschungsauftrag zur Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer vorgezeichnet. „Wir begannen mit Biografieforschung, die mithilfe meiner Mitarbeiter und Studenten auf fast 600 Personen ausgedehnt wurde – Grundlage auch meiner Habilitationsschrift von 1968 „Die Frau im Beruf“. In Längsschnittuntersuchungen konnten wir schließlich belegen, dass Alter nicht Abbau bedeuten muss“, berichtete sie aus dieser Zeit.

„Und bis diese wissenschaftlichen Erkenntnisse endlich von der Politik umgesetzt werden, das dauert viel zu lange“, warf Renate Schmidt ein. Deshalb habe sie 2005 einen Altenbericht über die Potenziale des Alters eingefordert, der belegte, „dass die Alten ja was können – ein Aha-Effekt, selbst alte Menschen waren erstaunt“, so Schmidt. Diese Potenziale zu erkennen, auch wenn man ein solches Alter erreicht habe, darauf käme es an. „Diese Potenziale sind in meinen Augen bis heute unzureichend für die gesamte Gesellschaft erschlossen“, kritisierte Schmidt. Es gehe vor allem um Wertschätzung und Verbindlichkeiten und nicht darum, alte Menschen damit abzutun, dass sie im Ruhestand doch mehr reisen oder sich mit ein bisschen Ehrenamt beschäftigen könnten. „Wir haben noch nicht die richtigen Strukturen gefunden, die eine größere Freiheit erlauben und trotzdem mit Wertschätzung und Bindung einhergehen“, erklärte Schmidt.

„Ich habe über diesen Altenbericht sehr viele Vorträge in unterschiedlichen Gruppierungen gehalten“, berichtete Roswitha Verhülsdonk und beklagte, ihr sei immer vorgehalten worden, dass diese festgestellten Potenziale des Alters doch absichtlich gefälscht und geschönt worden seien.

Renate Schmidt fuhr mit einem Beispiel aus dem Feuilleton der Süddeutschen Zeitung fort. Darin sei dargestellt worden, dass ein Berater, der den US-Präsidenten zu seiner Gesundheitsreform berät, gesagt habe, er wolle bis maximal 75 leben, weil es ab dann nicht mehr ökonomisch sei weiterzuleben. Solche Aussagen seien doch – auch hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen – sehr bedenklich. Sie zeigten, dass eine Ökonomisierung des gesamten Lebens stattfinde: vom Einfrieren der Eizellen bis hin zu Diskussionen, ab wann Alter der Wirtschaft schade. „Das treibt mich um. Und deshalb ist diese Frage, die Potenziale des Alters auch wirklich sichtbar und nutzbar zu machen, eine Strategie gegen diese fatale Ökonomisierung des Lebensendes, die auch bei uns immer mehr Raum greift“, erklärte Schmidt. Menschen den Lebenswert abzusprechen, wie dies z. B. in Diskussionen über die Sterbehilfe aufblitze, habe ihrer Ansicht nach nichts von einem humanen Umgang miteinander. Dagegen gelte es vorzugehen, betonte Schmidt.

## Altersbilder positiv prägen, Gestaltungsmöglichkeiten und -freiräume schaffen

„Wie kann man überholte Altersbilder verändern und welche Überzeugungsarbeit muss dabei in welcher Form geleistet werden?“, fragte die Moderatorin.



Durch die Vielfalt der Medien gebe es heute zahlreiche Möglichkeiten, Altersbilder zu zeigen, die deutlich machen, dass Menschen, unabhängig vom Bildungsstand oder der Arbeit im Erwerbsleben, jeweils ihre eigenen Fähigkeiten haben, die sie in die Gemeinschaft einbringen können und einbringen wollen, erklärte Elke Ferner. Und natürlich gelte es zu respektieren, dass nach dem Erwerbsleben viele auch mehr Zeit für sich selbst, die Familie oder Dinge haben wollten, für die man vorher keine Zeit hatte. Trotzdem sagten viele: „Jetzt kann ich etwas für mich persönlich tun, aber ich möchte auch meine Fähigkeiten einsetzen, um etwas für die Gemeinschaft zu tun. Wir müssen solche Möglichkeiten vor Ort schaffen“, so Ferner. Anknüpfungspunkte dazu seien z. B. die Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilprojekte und die Gemeinwesenarbeit. Es gelte Menschen so mit einzubeziehen, dass sie nicht das Gefühl hätten, völlig vereinnahmt zu werden, sondern eben das Gefühl bekämen, gebraucht zu werden, dabei jedoch auch selbst über die Zeit und den Umfang ihres freiwilligen Engagements bestimmen könnten. „Meistens ist es dann doch mehr, als man sich ursprünglich vorgenommen hat, weil es einfach auch Spaß macht“, berichtete Ferner.

„Frau Ferner hat gerade an die Möglichkeiten erinnert, die wir brauchen, aber fehlt es auch an Vorbildern, die genau das vorleben? Brauchen wir mehr Vorbilder für glückliches Altern?“, fragte Röttger nach.

„Ja, jede Menge Vorbilder. Allein, wenn ich mich in der BAGSO umsehe, da sind sehr viele, denen ihr Altern wunderbar gelungen ist. Auch solche, die noch mit Krücken hierherkommen und immer noch weiter mitarbeiten und die es fertiggebracht haben, die Fähigkeiten, die ihnen geblieben sind, weiter zu nutzen, auch wenn sie dieses oder jenes körperliches Problem überwinden müssen“, stellte Roswitha Verhülsdonk fest. Sie höre immer wieder von so vielen positiven Erfahrungen, bei jeder Tagung, bei den Dachverbänden oder in den Spitzen von Bundesverbänden, auf Kreisebene und andernorts. „Es gibt immer mehr ältere Menschen, die davon sprechen, dass es eine große Freude ist, etwas mitzugestalten. Außerdem helfe dies die Misslichkeiten des Altwerdens leichter zu ertragen“, so Verhülsdonk.

„Wie bedeutend ist die Rolle der Medien, Frau Schmidt? Stichwort Jugendwahn. Es gab ja einmal eine solche Welle. Wie geht man dann damit um?“, wollte Claudia Röttger wissen.

„Es ist richtig, dass es eine solche Welle gab, in der Zwischenzeit ebbt diese aber doch wieder ab“, beobachtet Renate Schmidt. Sie begründete dies mit der Konsummacht der Älteren in den europäischen Staaten, denen sich auch die Unternehmen anpassen müssten. „Wir sind die wählerischsten Käuferinnen und Käufer. Wir müssen die Dinge nicht mehr haben, aber wir können sie haben wollen“, erklärte sie. Sei z. B. die Bedienungsanleitung eines technischen Gerätes unverständlich oder die Beratung des Verkäufers schlecht, würde man eben darauf verzichten. Zu gern würde sie der



Werbeindustrie deutlich machen, dass ungefähr die Hälfte der Werbung umsonst sei, weil Menschen ihrer Altersgruppe die verwendete Sprache gar nicht verstanden, z. B. der englische Ausdruck „4 You“/„für Dich“ oder der „Coffee to go“, der eben nicht aus Togo komme, sondern zum Mitnehmen sei. Bei ihrer Tätigkeit als externe Ombudsfrau für Datenschutz und Korruptionsbekämpfung bei Vodafone würde sie oft Abkürzungen oder manche Ausdrücke, die bei Versammlungen benutzt würden, nicht verstehen. „Und alle anderen, die ich dann frage, zucken auch nur die Achseln.“ Dabei stehe z. B. in der Mitarbeiterzeitung, dass man die Sprache der Kunden pflegen muss und Fachausdrücke sowie „Denglisch“ vermeiden soll, so Schmidt. „Denn wenn man sich nicht mehr versteht und verständigen kann, dann identifiziert man sich auch mit bestimmten Dingen nicht mehr, das würde ich diesen Werbeleuten irgendwann einmal gern erzählen, wenn sie mich denn einladen würden“, betonte sie weiter.

## **Zukunft gestalten: Eine wachsame und solidarische Gesellschaft fördern**

„Der Deutsche Seniorentag nächstes Jahr steht unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!““. Abschließend würde ich gern von Ihnen allen wissen, wie Sie die Kultur des Miteinanders heute einschätzen?“, eröffnete Claudia Röttger die Schlussrunde des Podiumsgesprächs.

### **Elke Ferner**

„Ich glaube, es gibt mehr Miteinander als wir wahrnehmen und es gibt viele Menschen, die würden gern mehr tun, haben aber wegen ihrer Arbeit, der Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger einfach keine Zeit dazu, sich auch noch ehrenamtlich oder bürgerschaftlich zu engagieren“, meinte Elke Ferner. Dennoch gebe es sehr viele positive Beispiele; ob Jugendliche im Freiwilligen Sozialen- oder Ökologischen Jahr oder das große Engagement – auch von Älteren – im Bundesfreiwilligendienst. Daneben das nicht öffentlich geförderte ehrenamtliche Engagement in den Sport- und Heimatvereinen, in der Kultur, im sozialen Bereich. „Viele andere Länder, in denen das bürgerschaftliche Engagement nicht so ausgeprägt ist, beneiden uns darum“, erklärte Ferner, die sich auch für das ehrenamtliche Engagement der Anwesenden ausdrücklich bedankte, „für die Zeit, die Sie investieren, für andere Menschen, für die Gemeinschaft und auch für die Zukunft. Wir brauchen die staatliche Daseinsvorsorge. Das ist die Basis und der Unterbau, aber ohne das ehrenamtliche Engagement geht es nicht“, schloss Ferner.

### **Renate Schmidt**

„Ich finde, dass es auf der einen Seite heute mit dem Miteinander sehr viel schwieriger ist, weil Solidarität in der Gesellschaft nicht mehr ganz so „in“ ist.“ Es drohe die Mentalität des Neoliberalismus, in dem jeder sich selbst der nächste sei, um sich zu greifen. Andererseits habe es selten Zeiten gegeben, in denen die Generationen so gut miteinander ausgekommen seien wie heute. Jetzt gelte es, sich noch mehr darum zu bemühen, diesen guten Zusammenhalt der Generationen zu fördern, damit er mehr auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlt.

### **Roswitha Verhülsdonk**

„Ich stelle eine interessante Entwicklung fest, die ich nicht erwartet hatte. Als Politikerin war ich mir völlig darüber im Klaren, dass wir den demografischen Wandel nur bewältigen, wenn wir mehr Solidarität und mehr Netzwerke in der Gesellschaft haben, weil ich genau weiß, dass der Staat weder auf der Bundes- noch auf der Landes- und schon gar nicht auf der Kommunalebene die Daseinsvorsorge vor Ort wirklich absichern kann.“ Dies sei nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein

Problem, dass eine Kommune eben nicht alle Probleme der einzelnen Menschen aufspüren könne. „Wir brauchen also eine wachsame Gesellschaft“, forderte Verhülsdonk. Schon früh habe sie in der BAGSO deshalb auch mehr Solidarität innerhalb der älteren Generationen eingefordert, nicht nur in der eigenen Familie, sondern auch in der Nachbarschaft, in der Kirchengemeinde, da, wo immer man verankert sei, um mehr Mitverantwortung zu übernehmen. Dafür sei sie früher oft angegangen worden, heute jedoch hörten die Menschen bei diesem Thema aufmerksam zu. Sie hoffe daher sehr, dass der Gedanke des Hinschauens zu einem tragenden Gedanken auf dem kommenden Deutschen Seniorentag mit dem Titel „Gemeinsam in die Zukunft!“ werde.

### **Prof. Ursula Lehr**

Die BAGSO-Vorsitzende Ursula Lehr konstatierte, dass innerhalb der Familie das Verhältnis zwischen den Generationen besser funktioniere als je zuvor. Generationenkonflikte würden zum Teil von den Medien herbeigeredet. Es gelte zudem nicht nur Hilfsbereitschaft einzufordern, sondern auch Hilfe – unabhängig vom Alter – zuzulassen, wenn sie benötigt würde. Eine Kultur des Hinschauens sei daher gefordert, in der individuell von Fall zu Fall der Hilfebedarf auch erkannt werde. Denn: „Ehrenamtlicher Einsatz oder bürgerschaftliches Engagement – wie immer man es nennt – hilft nicht nur der Gemeinschaft, sondern auch dem Einzelnen“, so Lehr.

Die Moderatorin Claudia Röttger bedankte sich für die sehr persönlichen Schlaglichter und Rückblicke auf 25 Jahre Seniorenpolitik und zog das Fazit: „Es war sehr ermutigend und ich glaube, vor dem Alter müssen wir alle keine Angst haben.“

---

**Im Rahmen des Festaktes wurde ein Kurzfilm von den Anfängen der BAGSO bis zur heutigen Zeit gezeigt, der auf YouTube zu finden ist. Suchbegriff: BAGSO**

***Wir danken der Deutschen Telekom AG für die Unterstützung bei der Ausrichtung des Festaktes.***

